

2023

# TAGEBUCH

N° 9

Zeitschrift für Auseinandersetzung

## Viva la Volksfront

Historisch war das Verhältnis zwischen KPÖ und SPÖ immer wieder fruchtbar

10

## »Die Fiskalregeln der EU sind tot«

Dominik Leusder im Gespräch über brüchige Institutionen und linke Kritik an der Union

26

## Was man sein will

Einordnungen zur Debatte über den Journalisten Fabian Wolff

36



## Widerstand der Armen

Vor 50 Jahren putschte das Militär in Chile. In der Diktatur wurden die Menschen aus den Elendsvierteln zentraler Teil der Protestbewegung

14



## Impressum

**Herausgegeben von**

Trautl Brandstaller, Alfred J. Noll, Lukas Oberndorfer,  
Hazel Rosenstrauch, Samuel Stuhlpfarrer

**Redaktion**

Sonja Luksik, David Mayer, Kathrin Niedermoser,  
Benjamin Opratko, Samuel Stuhlpfarrer (CR),  
Jana Volkmann

**Artdirektion und Produktion**

Paul Gerstl, Christian Wiedner (Satz & Sätze, Graz)

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe**

Marko Dinić, Karin Fischer, Andrea Heinz,  
Johannes Knierzinger, Anna-Elisabeth Mayer,  
Lisa Mittendrein, Berthold Molden, Karoline Paier,  
Drehli Robnik, Robert Rotifer, Thomas Schmidinger,  
Sebastian Schmidt, Janine Schneider,  
Matthias Schnetzer, Sabine Scholl, Fiona Sironic,  
Georg Spitaler, Christina Töpfer

**Fotografie**

Anna Anthropy, Mattie Brice, Jana Sophia Nolle,  
Sophie Tichonenko, Universal

**Textchef**

Jannik Eder

**Druck**

Medienfabrik, Graz

**Vertrieb Österreich**

PGV

**Vertrieb Deutschland & Schweiz**

IPS International

**Auflage**

5.000 Stück

**Redaktionsadresse & Verlagssitz**

Tagebuch Verlag GmbH  
Wolfgang-Schmälzl-Gasse 6/27  
1020 Wien

**Kontakt**

Redaktion: redaktion@tagebuch.at  
Abo: abo@tagebuch.at  
Inserate: inserate@tagebuch.at  
0043 (0) 1 2645440

**Offenlegung nach § 25 MedienG.**

Das TAGEBUCH erscheint in der Tagebuch Verlag GmbH (Wolfgang-Schmälzl-Gasse 6/27, 1020 Wien). Es sucht in zehn Ausgaben pro Jahr die Auseinandersetzung mit den Verhältnissen. Links und Unabhängig.

www.tagebuch.at

# Inhalt

NOTIZEN  
6–11

**Stillgestanden!**  
Kathrin Niedermoser

**3,5 Grad Schande**  
Marko Dinić

**Bildungshürden**  
Matthias Schnetzer

**Unendlicher März**  
Jana Volkmann

**Viva la Volksfront**  
Berthold Molden

**Europas schwindender Einfluss**  
Thomas Schmidinger

BILDER DER  
AUSEINANDERSETZUNG  
12

**Lebenswelten**  
Christina Töpfer

**Illustrationen**  
Ūla Šveikauskaitė



**Pinochet und die Pobladores**  
Karin Fischer  
14

**Das lettische Paradox**  
Janine Schneider  
20

**»Die Fiskalregeln der EU sind eigentlich tot«**  
Lisa Mittendrein im Gespräch  
mit Dominik Leusder  
26

**Anna Anthropy und die queere Videospielerevolution**  
Fiona Sironic und Karoline Paier  
32

**Was man sein will**  
Robert Rotifer  
36

**Wie ich lernte, über die Bombe zu reden**  
Drehli Robnik  
42

REZENSIONEN  
44–49

**Städte als Chiffren**  
Georg Spitaler

**Kalorien für den Kapitalismus**  
Johannes Knierzinger

**Freiheit im Bleiben**  
Sonja Luksik

**Subversive Avantgarde**  
Andrea Heinz

**Höh're Wesen**  
Sabine Scholl

**Krumme Pläne**  
Sebastian Schmidt

**Gegen die Betonwand**  
Jana Volkmann

**Trauer als Richtung**  
Anna-Elisabeth Mayer

TAGEBUCH IM TAGEBUCH  
50

**Globale Folgen eines Putschs**  
David Mayer



# Pinochet und die Pobladores

Vor 50 Jahren leitete der Militärputsch in Chile eine 17-jährige Diktatur ein. Die Pobladores, die Menschen aus den Armenvierteln der Hauptstadt Santiago, waren zentraler Teil der Protestbewegung.

VON KARIN FISCHER

**D**er Militärputsch in Chile am 11. September 1973 machte dem Experiment eines demokratischen Weges in den Sozialismus unter Salvador Allende ein Ende. In der Hauptstadt Santiago rückten die Panzer aus. Die Luftwaffe bombardierte den Regierungssitz. Der Beschuss durch das Militär dauerte mehrere Tage. Strategische Ziele waren die Universität Chile, die Textilfabrik Sumar und die Zona Roja, die Wohngebiete der Arbeiterklasse und der Armen, der sogenannten Pobladores. Zehn Jahre später entstand eine Protestbewegung, in der diese Bewohnerinnen und Bewohner der Elendsviertel eine wichtige Rolle spielten. Städtische Bewegungen, die sich im Kampf um Wohnraum und soziale Rechte formieren, haben in Chile und ganz Lateinamerika eine lange Geschichte. Sie reichen in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zurück und wurden im Kampf gegen die Militärdiktaturen zu Akteuren des Widerstands.

Santiagos Armutszonen entstanden in den 1940er- und 1950er-Jahren, als die Industrie einen Aufschwung nahm und arme Menschen vom Land in die Stadt zogen. Sie siedelten sich im innerstädtischen Bereich in »conventillos«, kollektiven Wohnquartieren mit gemeinsam genutzter Infrastruktur, oder am Stadtrand an. Auf brachliegenden Grundstücken entlang von Flüssen oder in der Nähe von Müllhalden entstanden »campamentos«, informelle Barackensiedlungen. Landbesetzungen auf Grundstücken der Kirche oder eben bei Müllhalden minderten die Gefahr einer polizeilichen Räumung.

Die Pobladores organisierten sich in Nachbarschaftskomitees. Genauso wie die Pobladores selbst waren ihre Organisationen recht heterogen. Viele widmeten sich der Konsolidierung von Wohnraum oder der Selbsthilfe. Andere waren genossenschaftliche Sparvereine. Wieder andere waren politischer, sie forderten den Zugang zu städtischen Dienstleistungen und soziale Rechte. Eines war ihnen gemeinsam: Sie standen politischen Parteien nahe. Vor allem die Kommunistische und die Sozialistische Partei hatten begonnen, die Pobladores zu organisieren. Auch die Christdemokraten und ihre Linksabspaltung Izquierda Cristiana zeigten Präsenz. Die Räte und Vorstände der Basisorganisationen waren zumeist Parteifunktionäre. Sie erhoben den Bedarf, beschafften Finanzmittel für den Kauf von Materialien, die für den Bau von Unterkünften benötigt wurden, unterstützten die Forderungen der Pobladores gegenüber den Behörden und organisierten Alphabetisierungskurse. Für den spanischen Bewegungsforscher Manuel Castells waren die Pobladores und ihre Organisationen ein Zweig innerhalb der Parteien und keine übergreifende soziale Bewegung.

In den 1960er-Jahren polarisierte sich die politische Lage. Die von politischen Komitees oder Kadern angeführten Landbesetzungen nahmen massiv zu. Die christdemo-

kratische Regierung unter Eduardo Frei stellte den Landlosen freie Flächen und Baumaterial zur Verfügung und versuchte, mit Mütterzentren, Jugend- und Sportvereinen und Nachbarschaftsorganisationen die Lage zu kontrollieren. Das scheiterte angesichts hunderttausender Menschen in den Elendsquartieren, aber auch wegen Kapitalmangels und des Widerstands der Bauwirtschaft.

## Die Pobladores unter Allende

Das regierende Bündnis der Unidad Popular (UP) erließ 1970 ein Räumungsverbot. Eine geeinte soziale Bewegung waren die Pobladores aber auch in den Jahren der Allende-Regierung nicht. Als kollektiver politischer Akteur zeigten sie sich nur im ersten Jahr und beim Unternehmerstreik 1972, als sie ihre Strukturen nützten, um Nahrungsmittel zu beschaffen und zu verteilen.

Die Pobladores waren wie erwähnt eine heterogene Gruppe: informell Arbeitende, Unterbeschäftigte und organisierte Fabrikarbeiterinnen; ehemalige Bauern und Hausfrauen; fromme Katholiken und Atheistinnen; Gewerkschaftsaktivisten, radikale Linke und Unorganisierte, mitunter sogar rechte Parteigänger. Gegenseitige Hilfe, gemeinsame Regeln, soziale Nähe aufgrund der Herkunftsregion und familiärer Bindungen, Gemeinschaftsgefühl und Zugehörigkeit zur Población – das ja. Auch gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einzustehen einte die Pobladores. Aber eine Operationsbasis für den revolutionären Kampf waren sie nicht. Es kam zu Spannungen zwischen den Pobladores und den politischen Kadern, die sie zu organisieren suchten.

Ein Beispiel dafür ist die Población Nueva La Habana, die sich 1970 auf einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Gebiet formierte. In der Siedlung spielte die Bewegung der Revolutionären Linken (Movimiento de Izquierda Revolucionaria, MIR) eine wichtige Rolle. Die MIR hatte sich, angeführt von trotzkistischen Studierenden, Mitte der 1960er-Jahre von der Sozialistischen Partei abgespalten und blieb auf Distanz zur UP. Nueva La Habana zeichnete sich durch einen hohen Organisationsgrad aus. Die Bewohnerinnen und Bewohner wählten Delegierte in den revolutionären Rat, die Junta Provincial Revolucionaria de los Sin Casa. Die Räte waren für verschiedene Arbeitsbereiche zuständig, etwa für Gesundheit, Mütter, Kultur, Selbstverteidigung oder Brandbekämpfung. Die Generalversammlung, das höchste Gremium, diskutierte strittige Fragen und traf Entscheidungen.

Die MIR richtete in ausrangierten, von der Regierung zur Verfügung gestellten Bussen Klassenzimmer ein. Abends fanden in den »Busschulen« Alphabetisierungskurse statt. Der brasilianische Volkspädagoge Paulo Freire berichtete begeistert davon. Andere Quellen weisen auf die ideologische Kluft zwischen MIR und Pobladores hin. Als

die jungen Lehrerinnen die traditionelle Darstellung der chilenischen Geschichte zugunsten einer Geschichte von unten veränderten und Marxismus-Unterricht einführten, drohten viele Eltern mit einem Boykott der Busschulen, um die Lehrkräfte zu zwingen, das »offizielle« Unterrichtsprogramm beizubehalten. Sie seien nicht unbedingt Antimarxisten gewesen, folgert das Team um Manuel Castells aus seinen Befragungen, vielmehr hätten sie nicht gewollt, dass ihre Kinder eine andere Schulbildung erhielten als alle anderen in der Stadt.

Ein weiterer umstrittener Schauplatz der angestrebten Kulturrevolution waren die Geschlechterverhältnisse. Männer verboten den Frauen die Verhütungsmittel, die die MIR in der Población verteilte. Sie untersagten ihren Frauen die Teilnahme an der Frauenmiliz, die für Gesundheit, politische Bewusstseinsarbeit und Selbstverteidigung zuständig war. Als die christdemokratischen Mütterzentren in Frauenzentren umgewandelt wurden, stieß das bei den Bewohnerinnen zum Teil auf Befremdnis.

Dazu kam die zentralistische Struktur der linken Parteien. Kam eine Order der Parteiführung oder aus dem Zentralkomitee, den Einsatzort zu wechseln, also zum Beispiel in einer anderen Población oder Fabrik mit Organizing-Arbeit zu beginnen, zogen die Aktivisten ab. Es war ein Unterschied – das sollte sich in den kommenden politischen Kämpfen zeigen –, ob ein Organizing von oben oder von außerhalb stattfand, wie es die Sozialistische Partei oft praktizierte, oder ob die Aktivistinnen dauerhaft in der Población lebten und ihren Alltag mit den Pobladores teilten, wie es viele Kommunisten taten.

Die Polarisierung in den Jahren der Allende-Regierung und das jeweilige organisatorische Profil der Parteien behinderten Einigkeit und übergreifende Ziele. In den Poblaciones reproduzierten sich ideologische Spaltungen, wie sie die linken Gruppen vorexerzierten. Gemeinhin folgten die Pobladores in ihrer Haltung gegenüber der UP der Position der Partei, die die Organisationsstrukturen dominierte.

### Nach dem Putsch

Der Putsch der Militärs unter General Augusto Pinochet änderte alles. Politische Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, linke Kader verhaftet, getötet oder ins Exil getrieben. In den Armenvierteln standen gewaltsame Hausdurchsuchungen und Militärpatrouillen, die in Erschießungen enden konnten, auf der Tagesordnung.

Fortan ging es in den Poblaciones darum, tagtäglich die sozioökonomische Misere zu bewältigen, mit der man konfrontiert war. Das Regime startete zielgruppenorientierte Aktionen, zum Beispiel Arbeitsprogramme und Nahrungsmittelpakete für Kinder unter fünf Jahren. Der Deckungsgrad hinsichtlich allgemeiner Sozialleistungen und die Höhe der Löhne gingen demgegenüber drastisch

zurück. Staatliche Sozialausgaben erreichten bis Mitte der 1980er-Jahre nicht das Niveau von 1970, dem Zeitpunkt vor dem Antritt der Unidad Popular.

Die bestehenden Nachbarschaftskomitees, die sich unter Frei vervielfacht hatten, wurden umso wichtiger, konnten in den ersten Jahren der Diktatur aber nur sehr eingeschränkt operieren. Es gründeten sich neue Handwerksgenossenschaften, die Kleidung und andere Waren für den unmittelbaren Bedarf herstellten. Einkaufsgenossenschaften und städtische Erntekollektive verteilten Nahrungsmittel und organisierten Suppenküchen, oft gemeinsam mit der katholischen Kirche. Die Kirche bot einen gewissen institutionellen Schutz für die Selbsthilfe-Basisorganisationen.

Die Organisationen waren ein Mittel zum Überleben und ein sozialer Raum für Austausch und gegenseitige Unterstützung. Zugleich versuchte das Pinochet-Regime, sie für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Es schuf eine Abteilung für soziale Organisationen und gab den neuen regionalen und kommunalen Mandatsträgern das Recht, die Vorstände der Nachbarschaftsvereine abuberufen und neue zu benennen. Mütterzentren und Nachbarschaftskomitees wurden kontrolliert und dienten dazu, Informationen über die Aktivitäten der Pobladores zu sammeln. Das Regime nutzte sie für die Verteilung von Gütern, um so Unterstützung zu gewinnen, und als Einfallstor für regimefreundliche rechte Parteien.

Damit nicht genug, startete das Regime im Großraum Santiago auch eine Politik der »sozialen Homogenisierung«. Um »homogene Gebiete« zu schaffen, wurden neue Bezirksgrenzen nach sozialen Kriterien gezogen und arme Haushalte aus den Vierteln, die mehrheitlich von der Ober- und Mittelschicht bewohnt wurden, an die äußerste Peripherie der Stadt abgesiedelt. Die Vertreibung beraubte die Pobladores und ihre Kinder eines Umfelds, das Arbeit – Gartenarbeit, Putzen, Reparaturen – und Zugang zu städtischen Dienstleistungen bot. Das Programm erhielt den Namen »Erradicaciones« (Dt.: Ausrottung) und betraf zwischen 1979 und 1984 28.703 Familien in der Metropolregion.

Als »Gegenleistung« erhielten sie Häuschen nicht größer als 46 Quadratmeter oder eine Wohnung zwischen 24 und 35 Quadratmetern in billig gebauten Sozialblocks mit einer Dichte von über 800 Personen pro Hektar. Den staatlichen Zuschuss mussten sie über zwölf Jahre mit hohen Kreditzinsen zurückzahlen. Überflüssig zu sagen, dass die Wohnbaupolitik Privaten übertragen wurde. Wohnen war fortan kein »Geschenk des Staates« mehr, wie es Allende 1977 nannte, sondern ein »Recht (sic!), das durch die Anstrengungen und den Sparwillen der Familie erworben wird«.

Die räumliche Konzentration der Armut ermöglichte es dem Militärregime, die »ciudad pobre«, die Stadt der Pobladores, und die potenzielle Bedrohung, die von ihr ausging, besser zu kontrollieren. Die Vertreibung zerriss soziale

Bindungen und politische Netzwerke. An den neuen Orten war es schwerer, solche aufzubauen. Gerüchte über Infiltration und Bespitzelung durch Agenten des Geheimdiensts schufen ein Klima des Misstrauens.

Verfolgung und Repressalien ließen die Gegnerinnen und Gegner der Diktatur jedoch nicht verstummen. Hungerstreiks und kurze öffentliche Kundgebungen richteten sich gegen Ermordungen, Verhaftungen, Folter und das Verschwindenlassen. Vereinzelt protestierten Arbeiter gegen die niedrigen Löhne. Studierende brachten ihre Empörung in Kulturveranstaltungen zum Ausdruck. Angesichts der eklatanten Wohnungsnot fanden Ende der 1970er-Jahre erstmals wieder einzelne, isolierte Landbesetzungen statt, die 1983 im Süden Santiagos in einer Besetzung kulminierten, an der 8.700 Familien beteiligt waren. Es war das Jahr, in dem erstmals seit dem Putsch Massenproteste gegen die Militärdiktatur einsetzen. Den Hintergrund für die »nationalen Proteste«, wie sie genannt werden, bildete eine Rezession, die wegen der vorangegangenen Privatisierungen und Deregulierungen verheerende Ausmaße annahm. Der Lebensstandard sank beträchtlich. Acht von zehn Familien in den Poblaciones konnten den von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen täglichen Mindestbedarf an Kalorien nicht mehr decken.

So rief die Gewerkschaft der Kupferarbeiter im Mai 1983 zum ersten nationalen Protesttag auf. Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich durch Absentismus, Arbeitsverlangsamung und Streik. Kinder wurden nicht in die Schule geschickt. Auf Santiagos Hauptstraßen waren Hupkonzerte zu hören. Angehörige der Mittelschicht löschten abends das Licht und hämmerten am offenen Fenster auf Töpfe und Pfannen. Zehn Jahre zuvor hatten viele von ihnen noch solche »cacerolazos« gegen Allende angestimmt und den Militärputsch begrüßt. In den Poblaciones brannten Barrikaden. Auf den ersten Protesttag folgten weitere, begleitet von Massenkundgebungen, Demonstrationen und Kampagnen für ein Ende der Diktatur.

### Anfang der Protestbewegung

Die Protestbewegung, die 1983 einsetzte und bis 1986 andauerte, brachte die Diktatur ins Wanken. Ihr Rhythmus war allerdings unregelmäßig und ihre Binnenstruktur kompliziert. Wichtig für den Erfolg der ersten Protesttage waren der Aufruf der mächtigsten Gewerkschaft und die Beteiligung der Mittelschichten. Eine breite Beteiligung verminderte die Angst und die Gefahr, dass die Proteste in Massakern endeten.

Im Laufe der Zeit gewannen die Parteien an Einfluss. Der ihnen vom Regime zugestandene Spielraum vergrößerte sich. Spitzenpolitikerinnen der Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten traten in die Öffentlichkeit oder kehrten aus dem Exil zurück. Größere Demonstra-

**»DER PUTSCH DER MILITÄRS UNTER GENERAL AUGUSTO PINOCHET ÄNDERTE ALLES. POLITISCHE PARTEIEN UND GEWERKSCHAFTEN WURDEN VERBOTEN, LINKE KADER VERHAFTET, GETÖTET ODER INS EXIL GETRIEBEN. IN DEN ARMENVIERTELN STANDEN GEWALTSAME HAUSDURCHSUCHUNGEN UND MILITÄR PATROUILLEN, DIE IN ERSCHIEßUNGEN ENDEN KONNTEN, AUF DER TAGESORDNUNG.«**



**»AUS DER SICHT DER POBLADORES WAR DER PAKTIERTE ÜBERGANG ZUR DEMOKRATIE ALLES ANDERE ALS BEFRIEDIGEND. DESILLUSIONIERUNG UND WEITERE ENTFREMDUNG VON DEN ZIVILEN POLITISCHEN ELITEN WAREN DIE FOLGE. ES ZEIGTE SICH DAS DRAMA SOZIALER BEWEGUNGEN, DIE FÜR DEN POLITISCHEN WANDEL UNVERZICHTBAR SIND, DEN ANLIEGEN DANACH ABER OFTMALS MARGINALISIERT WERDEN.«**

tionen wurden in Folge von den Parteien koordiniert, mit dem Ziel, alle Parteien ins Boot zu holen. Die Kerngruppe der Mobilisierung, auch in numerischer Hinsicht, waren allerdings die jungen Pobladores. Denn die organisierte Arbeiterbewegung war durch Illegalisierung, dann durch das Arbeitsgesetz von 1979 und durch die desaströsen Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik auf Produktion, formelle Arbeit und Löhne anhaltend geschwächt.

Das Verhältnis zwischen Basisbewegungen und Parteien war kein einfaches. Die turbulenten Erfahrungen der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre hatten in der Parteielite eine gewisse Furcht vor der Autonomie der »sectores populares« hervorgerufen. Diese galten ihnen als destabilisierend, wenn sie von der Parteikontrolle losgelöst agieren. Zudem unterschieden sich innerhalb der Protestkoalition die Ziele und Strategien: Die Zentrumsparteien sahen im zivilen Aufbegehren ein Mittel, die Streitkräfte an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Regime hatte sich 1980 mit einer Verfassung »legalisiert«. Die Verfassung sah eine Volksbefragung im Jahr 1989 vor, die über den Übergang zur Demokratie entscheiden sollte. Die Politiker des Zentrums, darunter die Christdemokraten als stärkste Kraft, wollten Bestimmungen in der Verfassung aushebeln und eine frühere Abstimmung erwirken. Die linken Parteien machten sich Hoffnungen auf einen Zusammenbruch des Regimes. Die Voraussetzung dafür sahen die Parteiführer in einer breiten Protestbewegung. Aber sie standen militanten Aktionen wie auch den Mobilisierungen in den Poblaciones reserviert gegenüber. Diese blieben indes die Schauplätze des Aufruhrs. Denn die Mittelschichten und gemäßigte Sektoren zögerten zunehmend, ihren Protest lautstark auf die Straße zu tragen. Eine Mischung aus Repression und Zugeständnissen an die Berufsverbände der Mittelschicht sowie die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung schwächten die Mobilisierungsfähigkeit.

Es waren nicht die allerärmsten Poblaciones, die auf die Barrikaden stiegen. Sie bezahlten allerdings, wie Pudahuel und Quilicura im westlichen Armutsring von Santiago, den höchsten Blutzoll. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren nicht gut genug organisiert, um sich gegen Infiltration zu schützen und gegen das Militär zu verteidigen.

Die härtesten Auseinandersetzungen mit dem Militär und der Polizei lieferten sich jene Poblaciones, die in den Jahrzehnten vor dem Putsch am aktivsten und in der Lage gewesen waren, auch in den dunkelsten Jahren der Diktatur ein Mindestmaß an politischer Organisation aufrechtzuerhalten. Sie organisierten Protestmärsche, errichteten brennende Barrikaden auf den Hauptverkehrsadern und legten Teile der städtischen Stromversorgung lahm, indem sie metallische Gegenstände auf die Leitungen warfen. Langjähriges Organizing von unten und erprobte Militanz waren für die Entstehung einer jungen, mutigen und hoch politisierten Generation entscheidend, die »hijos guerreros« (Dt.: Kinder des Kampfes). Das ging vor allem auf das Konto

der MIR und der Kommunistischen Partei. Nach 1973 waren hauptsächlich Aktivistinnen der MIR und die den Kommunisten nahestehenden Milizen und Guerillaorganisationen in den Poblaciones aktiv. Aber auch die katholische Kirche war ein wesentlicher Faktor. Sie bot Räume, in denen sozialer Zusammenhalt und gegenseitiges Vertrauen gedeihen konnten. Gottesdienste waren eigentlich politische Veranstaltungen, in denen klandestine Mitglieder der linken Parteien und Menschenrechtsgruppen mit den Pobladores zusammentrafen.

**Desillusionierung**

Die »hijos guerreros« setzten bis 1986 Zeichen des Widerstands. Sie blieben dabei aber zunehmend allein. Ihr militanter Aktionismus isolierte sie von anderen Teilen der Opposition. Dazu kam die Heterogenität ihrer Anliegen. Vielen Pobladores ging es um das Recht auf Stadt und um soziale Rechte, nicht unbedingt um einen revolutionären Bruch mit dem Regime. So scheiterte 1986 ein nationaler Einheitskongress der Pobladores, der das Ziel hatte, eine übergreifende, repräsentative Struktur zu schaffen. Neben ihren internen Gegensätzen hatten die politischen Parteien gehörigen Anteil daran. Der Congreso Unitario de Pobladores sollte die Basisbewegungen repräsentieren, am Ende bestanden die Delegierten zu 90 Prozent aus Parteimitgliedern. Die Wahl des Führungsgremiums geriet zum parteipolitischen Infight. Statt einer neuen, demokratisch konstituierten Versammlung, die die Interessen der »secto-

res populares« artikuliert hätte, legten Grabenkämpfe um den Vorsitz, Spaltungen und kurzfristige Deals zwischen Kommunistischer Partei, MIR und Izquierda Cristiana die Organisation lahm.

Aus der Sicht der Pobladores war der paktierte Übergang zur Demokratie, der verfassungskonform 1989 eingeleitet und zwischen Vertretern des Regimes und der Parteien ausgehandelt wurde, alles andere als befriedigend. Desillusionierung und weitere Entfremdung von den zivilen politischen Eliten waren die Folge. Es zeigte sich das Drama sozialer Bewegungen, die für den politischen Wandel unverzichtbar sind, deren Anliegen danach aber oftmals marginalisiert werden. Die Verhandlungen auf den Bühnen und in den Hinterzimmern institutionalisierter Politik folgen einer anderen Logik.

Die chilenische Erfahrung zeigt die Stärken und Schwächen einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung im Übergang von einer Diktatur zur Demokratie. Selektive Zugeständnisse des Regimes und die interne ideologische Zersplitterung der Oppositionskräfte blockierten eine gemeinsam getragene, kohärente politische Strategie für den Wandel. Wie eine radikale Mobilisierung von unten mit anders gearteten politischen Prozessen wie Aushandlung, Kompromiss und Konsens kombiniert werden kann, ohne dass es zu Spaltung und Schwächung emanzipatorischer Anliegen kommt, bleibt eine ungelöste Herausforderung.

Karin Fischer beschäftigt sich mit Nord-Süd-Verhältnissen und unterrichtet Globale Soziologie am Institut für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität Linz.

